

Ablauf Aufstellungsverfahren (Evaluierung) FNP

Aufstellungsbeschluss

- Planaufstellungsbeschluss durch GV (§ 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB)
- Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB)

FNP-Entwurf

- Erarbeitung des Flächennutzungsplanvorentwurfes durch die Verwaltung
- Behandlung des Flächennutzungsplanvorentwurfes in der GV (Abstimmung über FNP)

Umweltprüfung

- Umweltprüfung mit Rücksicht auf die in § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB normierten Umweltbelange
- Ermittlung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen
- Bewertung und Schreiben eines Umweltberichts

1. Beteiligungsschritt

- Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer Bürgeranhörung (§ 3 Abs. 1 S. 1 BauGB)
 - Aufklärung über Ziel und Zweck der Planung
 - Einholen von Stellungnahmen der Öffentlichkeit
- Frühzeitige Unterrichtung/Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabe durch die Planung betroffen sein könnte (§ 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB, §§ 4 und 4a BauGB)
- → Behandlung der Äußerung und Stellungnahmen in der GV, Abwägung, Erarbeitung und Abstimmung über Planentwurf (Beschluss zur öffentlichen Auslegung)

2. Beteiligungsschritt

- Bekanntmachung des Ortes und der Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind mind. 1 Woche vor Auslegung (§ 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB)
 - Stellungnahmen müssen während der Auslegungsfrist abgegeben werden
 - nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen werden nicht berücksichtigt
- öffentliche Auslegung des Planentwurfes mit der Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen; Auslegungsdauer: 1 Monat (§ 3 Abs. 2 BauGB)
- jedermann erhält unabhängig davon, ob er ein individuelles Interesse an der Planung vorweisen kann, die Gelegenheit zur Stellungnahme
- Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange (§ 4 BauGB)
- Beteiligung der für Raumordnung und Landesplanung zuständigen Stellen (§ 1 Abs. 4 BauGB)
- → Behandlung der Stellungnahmen, Abwägung und Beschluss über FNP in der GV (bei FNP genügt einfacher Ratsbeschluss) (§ 6 Abs. 1 BauGB)
- bei Änderungen/Abweichungen erfolgt erneute Auslegung (§ 4a Abs. 3 BauGB)

Genehmigung

- Genehmigung durch höhere Verwaltungsbehörde (binnen 3 Monate) (§ 6 Abs. 1 und Abs. 4 BauGB)
- Bekanntmachung der Genehmigung (§ 6 Abs. 5 BauGB)
 - Der Genehmigung ist eine Erklärung beizufügen über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung im Flächennutzungsplan berücksichtigt wurden, und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde. Jedermann kann den Flächennutzungsplan, die Begründung und die zusammenfassende Erklärung einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen